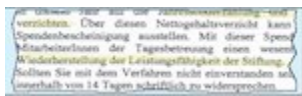


URL: [http://www.volksstimme.de/vsm/nachrichten/lokalausgaben/magdeburg/?em\\_cnt=684229](http://www.volksstimme.de/vsm/nachrichten/lokalausgaben/magdeburg/?em_cnt=684229)

### Umstrittenes Finanzgebaren der Stiftung evangelische Jugendhilfe an Magdeburger Einrichtungen

## **Dicke Luft bei Kita-Stiftung: Erziehern Weihnachtsgeld als Spende abgezogen**

Von Birgit Ahlert



Aus dem Brief der Stiftung an die Mitarbeiter, zugestellt am 20. Dezember an die Privatadresse der Beschäftigten. Ab 22. Dezember haben die meisten Einrichtungen wegen der Feiertage geschlossen.

Elf Kindertagesstätten der Stadt und acht Horte befinden sich in Trägerschaft der Stiftung evangelische Jugendhilfe (stejh) Bernburg. Übergeben von der Stadt im August 2004, mit tariflicher Bindung. Recherchen ergaben, dass im vorigen Monat das Weihnachtsgeld – das von der Stadt an die Stiftung überwiesen wird – den Mitarbeitern nicht weitergegeben, sondern als Spende abgezogen worden ist.

Magdeburg. Mitten in die Weihnachtsfreude flatterte den Mitarbeitern von 19 Kinderbetreuungsstätten der Stadt eine "Botschaft" der unerfreulichen Art ins Haus: Von ihrem Arbeitgeber, der Stiftung evangelische Jugendhilfe Bernburg, wurde ihnen mitgeteilt, dass das Weihnachtsgeld in diesem Jahr als Spende zum Erhalt der Stiftung verwandt wird.

Allein in Magdeburg beschäftigt die Stiftung 170 Mitarbeiter, landesweit rund 500.

Es habe sich um eine Bitte an die Mitarbeiter gehandelt, das Weihnachtsgeld als Spende der Stiftung zur Verfügung zu stellen, sagt Stiftungsvorstand Klaus Roth. Es erkläre sich ihm nicht, wieso daraus solch ein Aufhebens gemacht werde. Die Mitarbeiter in Bernburg, Quedlinburg und Dessau haben bereits im Vorjahr ihr Weihnachtsgeld gespendet. Nur in Magdeburg sträube man sich.

Dabei liege die Ursache für die "kurzfristige vorübergehende Notlage" – so Roths Begründung für die "erbetene Spende" – in Magdeburg. Hier nämlich hat die Trilinguale Grundschule ihren Standort. Dafür habe der Kultusminister vorab Fördergeld zugesagt. "Das ist aber nie gezahlt worden", kritisiert Klaus Roth. Deshalb habe die Stiftung "1,5 Millionen Euro für die Schule vorfinanziert", die man sich vom Ministerium zurückholen wolle. Hinzu käme, dass es "1,2 Millionen Außenstände aus öffentlicher Hand" gebe, offenstehende Zahlungen von Ämtern verschiedener Kommunen außerhalb von Magdeburg. Deshalb sei "die Stiftung in eine kurzfristige Notlage" gekommen. Das Diakonische Dienstrecht beinhalte für solche Fälle eine "Notlageregelung".

"Wir haben so lange wie möglich den kommunalen Tarifvertrag in Ruhe gelassen", erklärte Roth. Mit anderen Worten: Das Geld der Mitarbeiter wurde nicht angetastet. Doch nun hoffe man auf "das Verständnis und die Solidarität der Mitarbeiter".

Diese "Solidarität" besteht darin, dass das Weihnachtsgeld erst gar nicht gezahlt, sondern gleich einbehalten worden ist. Auch von jenen Mitarbeitern, die Widerspruch gegen diese Verfahrensweise eingelegt hatten. Mit den "Uneinsichtigen" soll es nach Auskunft von Klaus Roth morgen Gespräche geben.

Der Vorstand wähnt sich in Sicherheit und auf "der rechtlich sicheren Seite". Zum einen sei der Beschluss von einer Personalvertretung, zu der auch zwei Kita-Vertreter gehört haben sollen, bereits im Mai gefasst und über die Leiterinnen mitgeteilt worden. Zum anderen seien die gesetzlichen Abgaben für Steuer und Sozialversicherung abgeführt worden, es gebe "lediglich einen Nettoverzicht".

Geld wohlbermerkt, das die Stadt zweckgebunden gezahlt hat. Laut Überleitungsvertrag übernimmt die Stadt alle Gehaltszahlungen sowie Sonderzuwendungen, zu denen das Weihnachtsgeld gehört. Die Zahlungen werden im Voraus an den Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen vorgenommen und von diesem dann an die Mitarbeiter ausgezahlt. Normalerweise. In diesem speziellen Fall wurde die Zahlung der Stadt als "Spende" einbehalten. Mit dem Verweis, es sei "ein wesentlicher Beitrag zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Stiftung".

Angesichts dieser Tatsache und den zwei bisherigen Insolvenzfällen von Kita-Trägern drängt sich die Frage auf: Steht der Stiftung eine Insolvenz bevor? Antwort von Klaus Roth: "Definitiv nicht!"

Stadt prüft Zahlungen

Wie steht die Stadt zu dieser Zahlungsmoral?

Man wisse um die Problematik, erklärte Sozialbeigeordnete Beate Bröcker auf Volksstimme-Nachfrage. "Wir haben vom Träger eine Stellungnahme verlangt, diese werden wir prüfen. Sollte sich bestätigen, dass von uns überwiesenes Geld nicht an die Beschäftigten ausgezahlt worden ist, werden wir es zurückverlangen."

Der Stiftungsvorstand sieht diese Rückzahlungsfahr nicht. "Gegenüber der Stadt haben wir uns subventionstechnisch nichts zuschulden kommen lassen", so Roth.

Das Kultusministerium erklärte gestern auf Nachfrage, es habe nie eine Zusage auf Fördermittel für die Schule gegeben. Die Stiftung habe zwar einen Antrag auf "vorzeitige Finanzhilfe" gestellt, "dieser ist jedoch abgelehnt worden, da die Hauptbedingung nicht erfüllt war". Mit der Trilingualen Grundschule betrat die Stiftung evang. Jugendhilfe in Magdeburg schulisches Neuland. Für die Förderung hätte sie aber "

bewährter Schulträger " in derselben Schulform sein müssen, heißt es.

Die Hoffnung legt die Stejh nun auf den Sommer. Dann hat die Schule dreijährigen Bestand, und nach Aussagen von Klaus Roth ist " das Land verpflichtet, uns zu fördern ". Richtig ist, so das Kultusministerium : " Eine Förderung ist nach Anerkennung guten Wirtschaftens nach drei Jahren möglich. "

Die Stiftung evangelische Jugendhilfe ist mit den 19 Kinderbetreuungsstätten der größte Träger in der Stadt. Die Kita-Plätze sind gefragt, die Betreuung hat einen guten Ruf. Die Stiftung führte als erster Träger eine Qualitätsanalyse der Kinderbetreuung durch und hatte u. a. eine Vorreiterrolle bei der Öffnung der Betreuungszeiten angepasst an die Bedürfnisse von Eltern und Kindern.

Einige der Eltern zeigten sich gestern verunsichert bis entsetzt. Von ihnen erfuhr die Redaktion kurz vor Redaktionsschluss : Es gab vor der Veröffentlichung dieses Beitrages gestern eine eilige Reaktion der Stiftung. In Einrichtungen wurden zweiseitige Rechtfertigungsschreiben an die Eltern verteilt bzw. den Kindern mitgegeben.

[ document info ]  
Copyright © Volksstimme.de 2008  
Dokument erstellt am 23.01.2008 um 05:56:09 Uhr  
Erscheinungsdatum 23.01.2008 | Ausgabe: mdx